



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Berufsgruppenkonzept ein Ausweg aus der Berufsschul-Misere in Bayern? 5 Jahre später

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus zu berichten, inwieweit das Berufsgruppenkonzept – etwa hinsichtlich Standortsicherung, Berufsbilder oder Sprengelumbildung – weiterentwickelt werden muss, um entsprechend auf die demographische Entwicklung, die zunehmende Spezialisierung bei der Berufsausbildung sowie ein verändertes Nachfrageverhalten zu reagieren. Welche aktuellen Herausforderungen werden zudem gesehen und welche Berufsschulen (Teil-/Bereiche oder Zweige) sind im Begriff, geschlossen oder an anderen Orten angegliedert zu werden; welche Sprengel müssen neu gebildet werden?

Begründung:

Nicht zuletzt der Schülerrückgang sowie die Veränderung der Berufsbilder stellen auch die Berufsschulen in Bayern vor große Herausforderungen. Die Lösung stellt aus der Sicht der Staatsregierung das Berufsgruppenkonzept dar, das sukzessive zum Schuljahr 2013/2014 eingeführt wurde. Die Grundidee im Kern: Es gibt Berufe, die so viele Gemeinsamkeiten haben, dass man einen gewissen Teil schulisch gemeinsam ausbilden kann. Dies hat auch zur Folge, dass es zu „strukturellen Bereinigungen“ kommen wird. D.h. Standorte werden entweder geschlossen oder einige der derzeit noch an verschiedenen Standorten angebotenen Berufsausbildungen wird es künftig nicht mehr überall geben.

Schon 2011 forderten wir einen Bericht zu „Berufsgruppenkonzept und die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die beruflichen Schulen in Bayern“. Damals berichtete dem Ausschuss der Abteilungsleiter des damaligen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, dass die Politik den Sonderwünschen der Wirtschaft zu oft leichtfertig nachgegeben hat. Daraus resultiere ein aufgeblähtes Angebot von 350, zum Teil sehr speziellen, Ausbildungsberufen. Das belastet das Ausbildungssystem und verengt die Perspektive der Schülerinnen und Schüler, die sich auf eng zugeschnittene Berufsprofile einlassen müssen. Auch die Sogwirkung der Metropolregionen auf den ländlichen Raum sei eine Spätfolge falscher politischer Entscheidungen. Man habe sich zuerst um die Universitäten gekümmert, dann um die Gymnasien, dann um die Realschulen, dann um die Volksschulen. Und dann ganz zum Schluss erst um die Berufsschulen. Ein Ausweg aus der Misere sei laut ihm die teilweise Zusammenlegung des Unterrichts für verwandte Berufszweige.

Genau fünf Jahre später fordern wir erneut einen Bericht, um uns die aktuelle Situation der Berufsschullandschaft sowie ihrer Zukunft zu erschließen, aber auch um die Berufsschulpolitik der Staatsregierung auf den Prüfstand zu stellen.